

Wäiter-Beitung

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Gimberhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsrand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Proletarischer Internationalismus

gegen das Raubsystem von Versailles, gegen Kriegsgefahr und Chauvinismus

Deklaration der KP Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Belgiens, Tschechoslowakei, Oesterreichs, Luxemburgs

Zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung!

Am 1. Januar 1933 fand anlässlich des bevorstehenden 10. Jahrestages der Ruhrbesetzung in Essen eine Konferenz der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs, Belgiens und Luxemburgs statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und der verstärkten Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller Werktätigen auf die wachsenden Bestrebungen des imperialistischen Angriffes gegen die Sowjetunion. Von der Konferenz wurden die Kampfparolen der Arbeiterschaft gegen die imperialistischen Kriegstreiber festgelegt und nachfolgende Deklaration beschlossen:

„Die kommunistischen Parteien der Länder, die besonders am Kampf gegen das Versailler System in der gegenwärtigen Situation interessiert und durch gemeinsame Grenzen miteinander verbunden sind, haben sich aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Ruhrereignisses vereinigt, um die konkreten Probleme des gemeinsamen Vorgehens und der gegenseitigen Unterstützung sowie die Verstärkung und bessere Organisation der bevorstehenden Kämpfe im eigenen Lande und im internationalen Maßstabe zu beraten und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Ausgehend von den Beschlüssen des 12. Plenums über die Notwendigkeit der Entfaltung eines systematischen Kampfes gegen Chauvinismus und Nationalismus, für den proletarischen Internationalismus, und angesichts der sich von Tag zu Tag verstärkenden Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges und der militärischen Intervention gegen die Sowjetunion erklärt die Konferenz, den unveröhnlichen Kampf gegen die imperialistischen Verträge von Versailles, Saint Germain, Trianon, Neuilly usw. mit äußerster Verstärkung fortzusetzen und bis zur völligen Vernichtung dieser Verträge durch die internationale Kraft des Proletariats zu führen.

Die Konferenz stellt fest, daß von Anfang an allein die kommunistische Internationale, die kommunistischen Parteien aller Länder an der Spitze der Arbeiter- und Bauernmassen den Kampf gegen das Versailler Raubsystem, diese Quelle neuer imperialistischer Kriege geführt haben. Die Konferenz brandmarkt gleichzeitig die Sisse und aktive Mitwirkung, die die Führer der II. Internationale und aller sozialdemokratischen Parteien bei der Schaffung und Erhaltung des Versailler Systems als eines Instrumentes der imperialistischen Politik der Bourgeoisie geleistet haben und noch weiter leisten.

Die Konferenz der kommunistischen Parteien erklärt ihre brüderliche Solidarität mit dem schonungslosen Kampf, den die französischen Arbeiter und Bauern, unter Führung der kommunistischen Partei Frankreichs, im imperialistischen Frankreich, der Zitabelle des Versailler Systems und der imperialistischen Kriegspolitik in Europa, gegen die eigene Bourgeoisie führen.

Die Konferenz der kommunistischen Parteien erklärt ihre brüderliche Solidarität mit dem Kampf des deutschen Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands gegen die imperialistische Aufrüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie, die neue Militärlasten auf die Schultern des werktätigen Volkes wälzt, gegen

die chauvinistische Kriegsbege gegenüber Polen und Frankreich, gegen die Militarisierung der Jugend. Die abenteuerliche Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, die die Massen von dem neuen Auspflünderzug der deutschen Bourgeoisie ablenken soll, verschärft das Versailler Diktat und bringt über das deutsche Volk den Massenmord eines neuen Krieges.

Die Konferenz stellt fest, daß das revolutionäre Proletariat Frankreichs, Italiens, Polens, Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumaniens einen schonungslosen Kampf gegen die imperialistische und kriegerische Politik der eigenen Bourgeoisie und die nationale Unterdrückung entfaltet: gegen die Besetzung des Saargebietes, gegen die Unterdrückung Elsaß-Lothringens, gegen die Raubpolitik des polnischen Imperialismus gegenüber Danzig, gegen die nationale Unterdrückung Oberschlesiens, Pommerns, Kärntens und Südtirols, gegen die Verflawung der Völker und nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, gegen die Unterdrückung des österreichischen Volkes, gegen die nationale Unterdrückung in Kroatien, Mazedonien, Bulwina, Westsibirien, Dobrußja usw.

Die Konferenz begrüßt den Kampf der kommunistischen Partei Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridors, der Westukraine und Weißrußlands (Fortsetzung 2. Seite.)

TELEGRAMM

Parteitag der KPD. Ruhrgebiet — Essen-Saalbau

Massenkundgebungen Hindenburger und Beuthener Werktätigen entbieten Ruhr-Parteitag in brüderlicher Verbundenheit mit Ruhr-Proletariat heisse revolutionäre Kampfesgrüsse.

In Oberschlesien auf Vorposten im Kampf gegen imperialistische Kriegsrüstungen und nationalistische Verhetzung geloben Verteidigung der Sowjet-Union aufs äusserste.

Grenzlandkundgebungen der 10000 in Hindenburg und Beuthen

Gegen Schleicher-Diktatur, Chauvinismus und imperialistischen Krieg — Glühendes Bekenntnis der Arbeiter und Werktätigen zum Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise im Zeichen des proletarischen Internationalismus

Hindenburg, 9. Januar. Mit revolutionärer Begeisterung und glänzender Kampfstimmung marschierten am gestrigen Sonntag die werktätigen Massen in Hindenburg und Beuthen auf, gegen Schleicher-Diktatur, nationalistische Verhetzung, Chauvinismus und imperialistischen Krieg.

In den Massenkundgebungen und anschließenden Demonstrationen legten die Arbeiter und Werktätigen ein glühendes Bekenntnis ab unter der Losung:

Zerreißt die Grenzen — Schließt die Fronten!

im Zeichen des proletarischen Internationalismus — für den Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise, zum Schutz und der Verteidigung der von den imperialistischen Kriegsräubern bedrohten Sowjetunion.

In den Vormittagsstunden gegen 11,30 Uhr rückten in Hindenburg aus den einzelnen Stadtteilen unter Gesang revolutionärer Kampflieder die roten Kampfkolonnen, stürmisch begrüßt von spalterbildenden Werktätigen in den Straßen, zur Massenkundgebung auf den Reichensteinplatz. Mehr als 5000 Arbeiter und Werktätige, zum Teil die anrückenden Demonstrationen auf den Bürgersteigen begleitend, hatten sich auf dem Kundgebungsplatz eingefunden.

Mit stürmischer Begeisterung begrüßten die Hindenburger Arbeiter und Werktätigen den Genossen Wilhelm Bied als den Vertreter des bolschewistischen Zentralkomitees unter Führung des Genossen Ernst Thälmann. Im gleichen Maße, von einem donnernden „Rot Front!“ begleitet, galt diese Begrüßung auch dem Genossen Bied

als dem Kampfgelährten unserer unvergesslichen Kämpfer für ein Rätedeutschland, Liebknecht und Luxemburg, die durch eine imperialistische Bluthöhe der SPD-Führer um Roske in den Januarerkämpfen 1919 gemurdelt wurden.

Genosse Wilhelm Bied hielt eine von zeitweise stürmischem Beifall begleitete Anklagerede gegen die Schleicherdiktatur, gegen die Ausbeuter und Unterdrücker und Kriegshetze, die dem bankrotten Kapitalismus durch ein neues Massenmorden, einen neuen imperialistischen Krieg, einen Ausweg aus der Krise bahnen wollen. Hunger und Elend, soziale und nationale Unterdrückung diesseits und jenseits der Grenzen. Im Fernen Osten, in Südamerika haben die Imperialisten die Kriegsfackel entzündet. Immer näher schieben sich die imperialistischen Truppen an die Sowjetgrenze. Um Danzig, den Korridor und Oberschlesien bereitet sich der Krieg zwischen Deutschland und Polen vor. Jeden Tag kann der Krieg zwischen Deutschland und Polen losbrechen. Schleicher, Leipart, Güller, Hugenberg und Brüning bemühen sich um die „nationale Konzentration“ der faschistischen Kräfte, zur Steigerung der sozialen und nationalen Unterdrückung, der Kriegsrüstungen und Vorbereitungen. Jenseits der Grenze wütet gegen die werktätigen Massen die blutige faschistische Pilsudski-Diktatur. Die Arbeiter und werktätigen Massen des ober-schlesischen Grenzgebietes haben große Aufgaben. Wieder sollt ihr wie in der Vergangenheit die größten Opfer an Gut und Blut bringen.

Wollt ihr frei werden von Hunger und Knechtschaft, sozialer und nationaler Unterdrückung, dann müßt ihr die einheitliche Kampffront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten herstellen zum Kampf für den

revolutionären Ausweg aus der Krise! Dieser Ausweg bedeutet in allen Betrieben und Stempelstellen erhöhte Kampfmobilisierung und Herstellung der Einheitsfront aller, ob sozialdemokratischer, freigewerkschaftlicher, christlicher, parteiloser oder national eingestellter Arbeiter. In diesem Sinne heran an die Durchführung der Betriebsrätewahlen, die für die revolutionäre Arbeiterschaft eine viel höhere Bedeutung besitzen als Parlamentswahlen. Hier gilt es an den Ausbeutungsstätten die Kampfeinheit um die Zurückeroberung der alten Bühne, gegen Hunger und Elend, Faschismus und imperialistischen Krieg zu schmieden, unter deren Schlägen die Schleicher-Diktatur zusammenbrechen muß, wie die vergangene Papen-Diktatur.

Ueber alle Grenzen hinweg reichen wir den Arbeitern die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen unsere Ausbeuter und Unterdrücker, für ein Sowjetdeutschland. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen.

In Beuthen hatten sich nachmittags gegen 3 Uhr fast 6000 Demonstranten und Kundgebungsteilnehmer am Volkstheater eingefunden, in der Genosse Neuhauer Berlin gegen die imperialistischen Kriegshetze diesseits und jenseits der Grenze, gegen die Schleicher-Diktatur, die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik eine flammende Kampfszene hielt, die von stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurde.

Die im Anschluß an die Kundgebungen in Hindenburg und Beuthen erfolgten Demonstrationen wiesen Massenbeteiligung auf und wurden in den Straßen von den spalterbildenden werktätigen Massen begrüßt.

bis zur Völkerrückführung, für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland. Sie begrüßt den Kampf der Kommunisten Frankreichs für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes (Sach-Verfahren) bis zur Völkerrückführung von Frankreich, für die Befreiung des Saargebietes von imperialistischer Besetzung, den Kampf der kommunistischen Partei Belgiens für das Selbstbestimmungsrecht des französischen Volkes sowie der Bevölkerung von Eupen-Malmedy bis zur Völkerrückführung von Belgien.

Die Konferenz begrüßt den heldenhaften Kampf des italienischen Proletariats unter Führung der KP. Italiens gegen die imperialistische und kriegerische Politik der italienischen Bourgeoisie mit dem Mussolini-Faschismus an der Spitze; gegen den Versuch Mussolinis, die steigende Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der von dem Versäulter Staat unterdrückten Völker auszunutzen für die Verheerung gegen das französische Volk und gegen die Völker Jugoslawiens und zur Schaffung eines Staats- und Militärblods für seine imperialistischen und kriegerischen Ziele, sowie den Kampf der italienischen Arbeiter und Bauern für das Selbstbestimmungsrecht der slowenischen und Tiroler Bevölkerung bis zur Völkerrückführung von Italien.

Die Konferenz unterstützt den gemeinsamen Kampf der kommunistischen Parteien Italiens und Jugoslawiens gegen die Kriegstreiber in ihren eigenen Ländern und weist auf die Notwendigkeit der weiteren Verstärkung und Verbreiterung dieses Kampfes hin. Das gleiche gilt für den Kampf der rumänischen und ungarischen Arbeiter und Bauern gegen die chauvinistische Kriegshetze in beiden Ländern.

Die Konferenz weist darauf hin, daß die Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten gleichzeitig die Imperialisten zu einer Steigerung ihrer räuberischen Pläne treibt, einen Ausweg durch den gemeinsamen

Interventionstrieg gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion,

zu suchen. Die Erschütterung des Versailler Systems und die Verschärfung seiner Widersprüche, die auch in dem Streit um die Schuldenfrage zum Ausdruck kommt, führt immer mehr zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Lagern der imperialistischen Mächte und der Sowjetunion, dieses grundlegenden Gegensatzes zwischen den zwei Systemen, dem niederstehenden Kapitalismus und dem aufsteigenden Sozialismus. Die Vorbereitung des militärischen Ueberfalls auf die Sowjetunion an den Westgrenzen und im Fernen Osten, wo die Japaner in China einfallen, wird immer akuter. Deshalb betrachtet die Konferenz den Kampf gegen die imperialistische Kriegshetze und gegen das Versailler System als unmittelbar verbunden mit dem Kampf gegen die militärische Intervention und für die Verteidigung der Sowjetunion.

Die Konferenz betont die Pflicht des europäischen Proletariats, durch den verstärkten Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie im eigenen Lande den heroischen Kampf des chinesischen Volkes, insbesondere der chinesischen Sowjetgebiete und der Roten Armee, gegen die Austreibung und für die Unabhängigkeit Chinas, sowie den heldenhaften Kampf des japanischen Proletariats gegen die räuberische Invasion Japans in der Mandchurie und China aktiv zu unterstützen.

Im Gegensatz zu der chauvinistischen, nationalistischen und kriegerischen Verheerung der Volksmassen, insbesondere der werktätigen Jugend durch die Parteien, Organisationen und Presse der Imperialisten, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Polens, Englands, Belgiens usw. und ihre Helfershelfer, die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Parteien, sowie durch den Staatsapparat, Schule und Kirche, hält die Konferenz die Durchführung einer systematischen und zähen Arbeit und Propaganda seitens der kommunisti-

schen Parteien, kommunistischen Jugendverbände und der revolutionären Massenorganisationen zum Zwecke der

Annäherung und Kampfverbrüderung der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen Frankreichs-Deutschlands, Deutschlands-Polens, Frankreichs-Italiens, Italiens-Jugoslawiens, Rumaniens-Ungarns, der Tschechoslowakei-Ungarns-Italiens, Bulgariens-Jugoslawiens-Rumaniens-Griechenlands usw. unbedingt notwendig.

Ausgehend von diesen Feststellungen unterstreicht die Konferenz die unabdingbare Notwendigkeit, das Kampfbündnis der Massen über die Grenzen der verschiedenen Länder hinweg durch eine Politik des proletarischen Internationalismus seitens der kommunistischen Parteien herbeizuführen, zu verstärken und auf eine höhere Stufe zu heben. Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit des Kampfbündnisses der Massen, das die Grenzen der Imperialisten überwindet, um die gegenseitige Unterstützung bei der Verteidigung der Tagesinteressen, die internationale Verbindung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die gegenseitige Hilfe gegen Verfolgungen, Unterdrückung und Verbote, den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Chauvinismus und Faschismus zu steigern.

Die Konferenz erklärt es deshalb für die Pflicht aller kommunistischen Parteien, das Band zwischen den Werktätigen aller Länder machtvoll zu festigen und gegen die anwachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges, gegen die militärische Intervention gegen die Sowjetunion, gegen die chauvinistische Verheerung und gegen die soziale und nationale Elakerei des Versailler Systems das sieghafte Banner des proletarischen Internationalismus zu entfalten.

Mörder des Jungarbeiters Hanisch freigelassen

Eine Provokation der antifaschistischen Bevölkerung — Mordschiff wird „Notwehr“ zugebilligt — Das ist die offene Proklamierung der faschistischen Mordfreiheit — Werkätige, steigert die antifaschistische Aktion! — Betriebe, beschließt Proteststreik und Teilnahme an der Beerdigung!

Breslau, 9. Januar. Der Mörder des Jungarbeiters Hanisch ist das SA-Mitglied Krawczyk, der 17-jährige Sohn eines Postsekretärs von der Friesenstraße 23. Wie die Justizpressestelle mitteilt, ist Krawczyk mit seinen zwei Komplizen am Sonnabendmittag aus der Haft entlassen worden. Die Entlassung des 17-jährigen Mörders wird mit „Notwehr“ begründet.

Die Begründung der Entlassung dieses jungen SA-Mörders ist eine Provokation der gesamten antifaschistischen Bevölkerung. Diesem Banditen, der ohne jeden Anlaß zum Messer griff und brutal einen jungen Antifaschisten niederstach, wird von der Justiz „Notwehr“ zugebilligt. Das ist die offene Proklamierung der faschistischen Mordfreiheit.

Die von Hitler, Goebbels und seines aufgekochten Handlars haben einen neuen Freibrief für ihren Mordterror gegen die arbeitende Bevölkerung erhalten. Sie werden hierin — das beweisen die neuen Naziberichte in Berlin und Düsseldorf — reichlich Gebrauch machen.

Deshalb unterstreichen wir nochmals die Tatsache, daß niemand anders als die antifaschistische Aktion diesem faschistischen Mordgesindel das Handwerk legen kann. Dieser feige Nazimord an unserem jungen Klassengenossen Hanisch muß auch den letzten sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter veranlassen, mit uns Kommunisten mit der Waffe der antifaschistischen Aktion zu kämpfen.

Die am Freitag und Sonnabend stattgefundenen Massendemonstrationen müssen gesteigert werden. Durch die Teilnahme der sozialdemokratischen, SA- und Reichsbannerkameraden werden die neuen Demonstrationen wichtiger sein. Die faschistische Brutalität hat in den Breslauer Betrieben noch keine Protestaktion ausgelöst. Wir fordern deshalb erneut die Betriebsbelegschaften auf, sofort Betriebsversammlungen abzuhalten, in denen gegen diesen neuen Mord an einem ihrer Klassengenossen protestiert und für den Tag der Beerdigung der Proteststreik beschlossen wird.

Der Tag der Beerdigung muß zu einem gewaltigen Aufmarsch des arbeitenden Breslau gegen den faschistischen Mordterror werden.

Jungarbeiter demonstrieren vor dem polnischen Konsulat

Breslau, 9. Januar. Das Schandurteil gegen den polnischen Arbeiter, der der Militärhölle des polnischen Imperialismus entflohen ist, wurde von etwa 50 revolutionären Jungarbeitern zum Anlaß genommen — nachdem eine Reihe von Delegationen zum Straßenzugangsamt geschickt worden waren — eine Demonstration vor dem polnischen Konsulat auf der Freiburger Straße durchgeführt. Bei dieser Demonstration wurden die Fensterscheiben des Konsulats zertrümmert, in Sprechhöfen wurde aufgefordert, den polnischen Soldaten nach seiner Auslieferung nicht vor ein Standgericht zu stellen, und außerdem wurde die Verbundenheit des deutschen mit dem polnischen Jungproletariat zum Ausdruck gebracht. Den Arbeitern, die sich in großer Zahl angestellt hatten, wurde durch Landzettel aufgezeigt, worum es geht; sie wurden mobilisiert zum Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie, gegen den Feind im eigenen Land, für die Solidarität mit den polnischen Klassenbrüdern, für den proletarischen Internationalismus.

Neue Massendemonstrationen gegen die Nazimörder

SPD-Arbeiter, her zur antifaschistischen Aktion!

Breslau, 9. Januar. Welch ungeheure Erbitterung in der Breslauer Arbeiterbevölkerung über die Tötung des 17-jährigen SA-Mörders Krawczyk herrscht, wurde am Sonnabend bewiesen. Trotz dem es an einer Woche schon das dritte Mal war und obwohl das Ziel dieser Demonstration nur wenige Stunden bekannt war, hatte die Demonstration eine außerordentlich hohe Beteiligung. Aus den Stadien rüdten die Arbeiterkolonnen in wuchtigen Jüngen nach dem Waldschloß, der Stelle, wo der Mord geschah. Einige hundert marschierten durch die Friesenstraße; vor dem Hause, in dem der Mord geschah, wurde ein großer Kranz angebracht. Die Demonstration wurde durch die Arbeiterkolonnen in wuchtigen Jüngen nach dem Waldschloß, der Stelle, wo der Mord geschah. Einige hundert marschierten durch die Friesenstraße; vor dem Hause, in dem der Mord geschah, wurde ein großer Kranz angebracht.

worden ist und die Kommunisten führen als Einzige die Massen zu wuchtigen Protestdemonstrationen auf die Straße — warum fehlen dann die SPD-Genossen? Ihr Platz ist immer, aber ganz besonders bei solchen Gelegenheiten, an der Seite der Kommunisten, der wertvollsten kampfbereiten Antifaschisten. Es liegt an unseren Genossen, gerade in diesen Tagen die sozialdemokratischen Arbeiter von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Rundgebungen und Demonstrationen in allen Städten von OS.

Gleiwitz, 9. Januar. Eine am Sonnabend, dem 7. Januar, in Gleiwitz stattgefundene Rundgebung der KPD gegen Schleicher-Diktatur, imperialistischen Krieg, für den proletarischen Internationalismus wies eine Beteiligung von 1000 Arbeitern und Werktätigen auf.

Holitzsch, 9. Januar. Unter starker Anteilnahme fand eine Rundgebung gegen Schleicher-Diktatur, gegen Krieg und für den Kampf um Arbeit und Brot statt. Eine Kampfschlichtung mit dem Gelöbnis zur Einheitsfront wurde angenommen.

Aus Döbeln, Groß-Strehlitz und Reusdorf erreicht uns kurz vor Redaktionsschluss die Meldung, daß auch dort von glänzender Kampfbeteiligung und Begeisterung getragene Massendemonstrationen und Rundgebungen stattgefunden haben.

SA-Ueberfälle in Berlin

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) In der Nacht zum Sonntag kam es wieder zu Ueberfällen der SA auf kommunistische Verkehrslokale und auf Arbeiter. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Sonntagmorgen einen Provokationsmarsch durch den Norden Berlins. Die Beteiligung war sehr schwach. Der Sturm 40 zum Beispiel, der früher mit 160 bis 200 Mann antrat, war nur mit fünf- undzwanzig Mann erschienen. Die SA-Führung hefte ihre Terrorgruppen auf die Arbeiter. So wurde in der Wolliner Straße und Reinsberger Straße der Arbeiter Kurt Kolisch von den SA-Banditen zu Boden geschlagen und durch einen Messerstoß verletzt. Zwei Polizeibeamte, welche diesen Vorfall mitangehen haben, weigerten sich, die beiden SA-Leute zu verhaften. In der Wallmeierstraße verübten die Nationalsozialisten einen Feuerüberfall auf ein kommunistisches Verkehrslokal, wobei der Jungarbeiter Rudi Kraut durch einen Stedtschuß verwundet wurde. In der Eisenacher Straße überfielen Nationalsozialisten unbewaffnete Arbeiter, wobei einige Arbeiter verletzt wurden. Am Sonntagmorgen überfielen bewaffnete SA-Leute in der Turm-, Ede Oberberger Straße Arbeiter, wobei ein Arbeiter verletzt wurde.

Düsseldorf, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Am Sonntagmorgen überfielen Nationalsozialisten, die schwerbewaffnet waren, Arbeiter, wobei mehrere durch Streifschüsse und Messerstücke verletzt wurden. Da die Arbeiter sich zur Wehr setzten, kam es zu Zusammenstößen, wo die Polizei mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiter vorging.

Neue Bombenangriffe der Japaner

Tokio, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Bei Schanheitwan ist es erneut zu Zusammenstößen zwischen japanischen und chinesischen Truppen gekommen. Japanische Bombenflugzeuge haben die chinesische Stellung östlich in der Provinz Jehol mit Bomben belegt. Die Bombenflugzeuge verwüsteten die Stadt Tschaojan vollkommen. Außerdem warfen die japanischen Flugzeuge über der Stadt Tschaojan Flugblätter ab, worauf sie die Besetzung der Provinz Jehol durch japanische Truppen ankündigen.

Volksfeinde heken offen zum Krieg

Lage-Lippe, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover hielt auf einer deutschnationalen Versammlung in Lage-Lippe eine Rede, in der es unter anderem heißt:

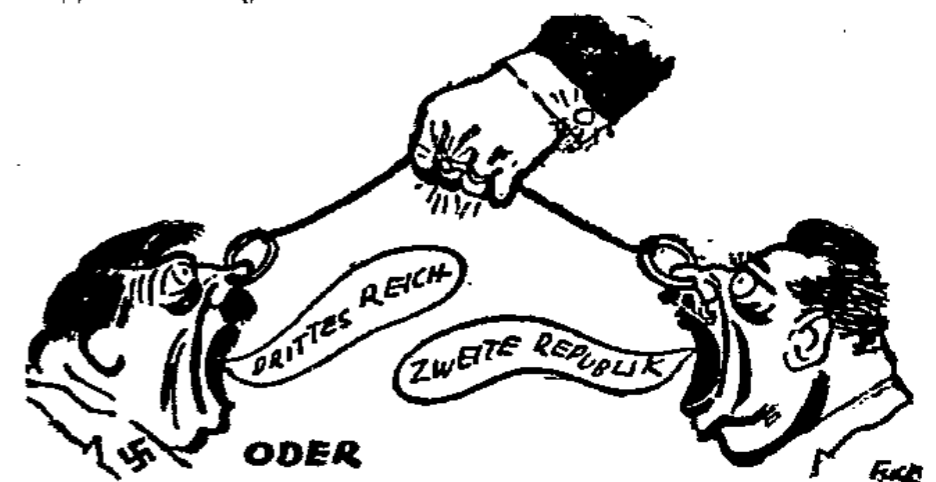
„Eine Regierung, die den autoritären Auftrag Hindenburgs durchzuführen hat, eine Regierung, deren Zusammensetzung zwangsläufig deutsche Wehrmacht, den Kern und das Rückgrat der Volkstrait, in den Vordergrund der Staatspolitik rückt, eine Regierung, vor der angestrichelt der Lage im fernem Osten und nahen Osten große Aufgaben und Möglichkeiten liegen, trägt selbst die geschichtliche Verantwortung. Wir warten auf Leistungen, die dieser Verantwortung entsprechen.“

Viele Rede des deutschnationalen Abgeordneten ist eine offene Aufforderung zu neuen imperialistischen Kriegsabenteuern. So fand in Münster anlässlich des 50. Geburtstages des Generaloberst von Preußen als Vertreter des Kaisers eine chauvinistische Hezrede hielt. In Anwesenheit der Vertreter des Reichswehrkommandos nahmen die taffelichen Fringen eine Parade ab. Einem hielt eine Rede, in welcher es unter anderem heißt: „Er hoffe trotz seines hohen Alters noch zu erleben, daß Deutschland wieder waffermächtig und groß werde.“

Die Arbeiterschaft muß diese chauvinistische Hezrede der deutschen Imperialisten beantworten durch die rasche in die Tatsetzung der Pariser Beschlüsse und der Beschlüsse der Tagung der kommunistischen Parteien in Gen.

Papen berichtet Schleicher

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Am heutigen Montag findet die Zusammenkunft zwischen Papen und Schleicher statt. In dieser Unterredung wird Bericht erstattet über die Unterredung zwischen ihm und Hitler im Schloß des Finanzbarons von Schröder. Die heutige Ausprache soll den Zweck haben, die große „nationale“ Konzentration vorzubereiten, das heißt, die Kafführung möglichst bald in die Reichsregierung einzugliedern. Im Anschluß an die Zusammenkunft wird Papen auch dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Der Sinn der Unterredung zwischen Papen und Hitler in Wien war also, so schnell wie möglich eine Verständigung über den Eintritt der NSDAP in die Regierung herbeizuführen.



ARBEITER-UND BAUERN REPUBLIK
DIE BROSCHÜRE FÜR STADT U. LAND PREIS 10 Pf.

Stillegung der Gleiwitzer Lokomotivwerkstatt

109 000 Eisenbahner in einem Jahr entlassen / Vollständiger Bankrott der kapitalistischen Arbeitsbeschaffungspläne / Neuer Lohn- und Gehaltsabbau angekündigt / Wehrt euch! Wählt Betriebsräte die für eure Lebensinteressen kämpfen!

Gleiwitz, 7. Januar. Wie mitgeteilt wird, will die Reichsbahn das hiesige Lokomotivausbesserungswerk stilllegen. Dadurch würden 700 Arbeiter ihr Brot verlieren.

Bei allen „Arbeitsbeschaffungsplänen“ der bisherigen kapitalistischen Regierungen haben die „zufälligen“ Aufträge der Reichsbahn immer eine Hauptrolle gespielt. Immer wurde gesagt, die Reichsbahndirektion werde über die normalen Anschaffungen und Reparaturen hinaus zusätzliche Aufträge vergeben und so Hunderttausende von Arbeitern teils selbst mehr beschäftigen, teils in den privatkapitalistischen Eisenbahnbedarfswerken indirekt zur Einstellung bringen. Die Ziffern des neu vorgelegten Reichsbahnberichts erwidern diese Versprechungen vollständig. Ende Oktober 1931 beschäftigte die Reichsbahn ein Personal von 878 000 Köpfen, Ende Oktober 1932 nur noch ein Personal von 587 000 Köpfen.

Nach dem großen vorhergegangenen Personalabbau sind also innerhalb eines Jahres erneut 109 000 Arbeiter und Angestellte entlassen worden. Die Reichsbahndirektion selbst behauptet dabei noch, sie führe ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ durch, als sie mit 180 Millionen aus Steuergutschriften und weiteren 100 Millionen Markt aus Krediten finanzierte. Das Resultat sind über 100 000 Entlassene in einem Jahr. Allein im Monat Oktober 1932 wurden 38 000 Arbeiter und Beamte auf die Straße geworfen.

Auch alle Werke, die für die Reichsbahn Material produzieren, haben Massenentlassungen vorgenommen, es gibt kein Werk, wo in nennenswertem Maße Neueinstellungen erfolgten.

Hier haben wir nur amtliche Ziffern angeführt, in Wirklichkeit sind die Massenentlassungen noch viel weitgehender, da auch entlassene „Zeithilfen“ Oberbauarbeiter usw. gar nicht aufgeführt werden.

Der Bericht der Reichsbahndirektion ist ein Spiegelbild des kapitalistischen Bankrotts. Man höre nur, was über die Neuananschaffungen geschrieben wird:

„Am Jahresende 1932 waren rund 3700 Lokomotiven überzählig. Die im vorigen Geschäftsbericht angegebenen, für 1932 beabsichtigten Fahrzeugbeschaffungen wurden, soweit sie nicht bereits in 1931 bestellt worden sind, im laufenden Geschäftsjahr in Auftrag gegeben. Die Ausgaben für Fahrzeugbeschaffungen im 1932 werden etwa 80 Millionen RM. betragen... Die Reichsbahn mußte sich darauf beschränken, die Ausgaben den sinkenden Einnahmen nach Möglichkeit anzupassen und mußte daher die Ausgaben aufs schärfste drosseln. Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß die Reichsbahn mit einem hohen Anteil fester Kosten belastet ist, so macht in erster Linie der Personalaufwand etwa 70 v. H. aller Betriebsausgaben aus. Die Schätzung der Personalausgaben für 1932 ergibt einen um 820 Millionen RM. oder 28 v. H. geringeren Betrag als im Jahre 1929. Dies Ergebnis ist nicht nur auf die Senkung der Gehälter, Löhne und Sozialausgaben, sondern auch auf die des Personalstands zurückzuführen.“

Das ist neben der Ankündigung eines neuen Lohn- und Gehalts-

abbaus das glatte Eingeständnis des vollständigen Bankrotts der kapitalistischen „Arbeitsbeschaffungspläne“.

In Gereses „Sparprogramm“ nehmen „zufällige Reichsbahn-aufträge“ wieder die erste Stelle ein. Es wird mit ihnen genau so gehen, wie mit den bisher versprochenen.

Kein Arbeiter kann auf die kapitalistischen „Arbeitsbeschaffungspläne“ irgendwelche Hoffnungen setzen. Demgegenüber setzen wir, wie in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit liquidiert ist und wie dort nicht genug Arbeiter aufzutreiben sind. In der Sowjetunion werden riesige Werke gebaut, neue riesige Städte entstehen und am Ausbau des

Verkehrnetzes wird fleißig gearbeitet. In Deutschland dagegen sehen wir überall den kapitalistischen Bankrott.

Die von neuen Massenentlassungen und von neuem Lohn- und Gehaltsabbau bedrohten Reichsbahnarbeiter müssen sich an allen Dienststellen zur festen Einheitsfront zusammenschließen, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen. Untrennbar verbunden mit der Wehrwehr ist die Wahl solcher Betriebsräte, die sich mit aller Kraft für die Lebensinteressen der Eisenbahner einsetzen. Darum bereitet sofort die Betriebsrätewahl vor und einigt euch auf der Grundlage der Einheitsfront, auf die Wahl kampfgewillter Kandidaten.

Rund um Ostoberschlesien

Die „Internationale“ der schwerindustriellen Ausbeuter

Deutsche und polnische Unternehmer im Aufsichtsrat der Friedenshütte in Polnisch-Oberschlesien Neben Generaldirektor Brennecke (Deutschland) — Generaldirektor Wojnar (Polen) — Sie beuten gemeinsam die ostoberschlesische Arbeiterschaft aus

Rattowitz. Während man diesseits und jenseits der Grenze unter Aufputzung der nationalen Leidenschaften die Völker auseinanderhebt, sitzen die deutschen und polnischen Ausbeuter und Unterdrücker der werktätigen Massen „schleichlich und friedlich“ beihammen und reihen Aktienpakete, Dividenden, Optionen und Effekten, sowie Zahlen von Subventionen aneinander.

Am 29. Dezember fand in Rattowitz eine außerordentliche Generalversammlung der Friedenshütte AG. im Verwaltungsgebäude statt.

Die Generalversammlung beschäftigte sich insbesondere mit Sanierungsmaßnahmen, wie sie der deutschen Arbeiterschaft von den Vereinigten Oberschlesien bekannt sind und derselben bekanntlich aus Reichs- und Staatsmitteln 66 Millionen Mark unter der Bräunung-Regierung durch Aktienübernahme, Tilgung bzw. Annullierung eines Teiles des 38 Millionen-Zeehandelskredites, zur Verfügung gestellt wurden.

Eine solche ähnliche Sanierungsaktion hat man in dieser Generalversammlung der Friedenshütte AG. ebenfalls durchgeführt. Aber diese Generalversammlung zeigt auch gleichzeitig der deutschen wie polnischen Arbeiterschaft, wie international verippt die Kapitalisten und Ausbeuter aller Länder sind. Während sie durch ihre Organe und nationalen Parteien, den ganzen Weltkreis und von ihm gesättigten und finanzierten Trög in „ihren“ Vaterländern den tollsten Nationalismus und Chauvinismus treiben lassen, die Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze aufeinander zu heben versuchen, sitzen diese Drahtzieher zusammen und inselnen darüber, wie man am besten den deutschen und polnischen Arbeiter, das Fell über die Ohren ziehen kann.

In der Generalversammlung dieses größten polnischen Hüttenbetriebes AG. wurden an Stelle des bisherigen Aufsichtsrates u. a. vollständig neu gewählt: Graf v. Ballekrem, Generaldirektor Brennecke, Gleiwitz, Generaldirektor Falter, Rattowitz, Direktor Graf Komorowski, Danzig, Minister a. D. Dr. v. Twardowski, Wien und Generaldirektor Wojnar, aus Rattowitz. Eine sehr illustre internationale Ausbeuterclique, die einen Teufel nach Grenzen fragen und die ihre „Vaterländer“ dort haben, wo ihnen Profit und Dividenden winken.

In der Versammlung wurde neben der Beschließung der Verabschiedung des Aktienkapitals von 70 Millionen Zloty, gleichfalls zum Kenntnis genommen, daß der polnische Staat eine Option auf 52 Prozent des Aktienkapitals erhalten hat. Die deutschen wie polnischen Kapitalisten münzen gemeinsam aus den Knochen der deutschen wie polnischen Arbeiter ihre Mark- und Zloty-Dividenden und Profite.

Und die Kehre der „Internationale“ der Ausbeuter

Rattowitz, 29. Dezember.

Von 160 reichsdeutschen Arbeitern und Angestellten sind bei der Gemischten Kommission unter Bezugnahme auf Artikel 43 des Genfer Konvention Klagen eingereicht worden. (In diesem Artikel bestimmt, daß die Wohnberechtigten bei der Ausübung des Berufs nur den gesetzlichen Beschränkungen unterliegen, die nach den zur Zeit des Übergangs der Staatshoheit geltenden Bestimmungen auf Ausländer Anwendung finden.) Durch die ungleiche Behandlung der reichsdeutschen, wohnberechtigten Arbeitnehmer bei den Entlassungen in Ostoberschlesien ist diese Bestimmung des Genfer Vertrages verletzt worden.

Die internationalen Ausbeuter sind die Drahtzieher und Urheber solcher Akte von Entlassungen und Anweisungen ausländischer Arbeiter, während die Kapitalisten zusammensitzen. Sie brauchen die nationalistische Verheißung, zur Durchsetzung ihrer Klaus-, Unterdrückungs- und Kriegspläne, die für die Kapitalisten aller Länder neue Profite bringen soll. Die deutsche und polnische Arbeiterklasse protestiert nicht nur gegen solche Maßnahmen, die den Kapitalisten nutzen und der Arbeiterklasse jenseits und diesseits der Grenzen nur Schaden und Nachteil bringen, sondern kämpft mit aller Entschiedenheit gegen Ausbeutung und Unterdrückung, nationalistische Verheißung und Kriegstreibereien.

Die Internationale der Arbeiterschaft mobilisiert zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz am 29. Januar 1933

als Antwort auf die Angriffe der Unternehmer diesseits und jenseits der Grenze, auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft. Und die Schließung des internationalen Kampfbündnisses der Arbeiterschaft diesseits und jenseits der Grenzen, gegen das Ausbeutungs- und Treibereien, sowie der Kampf zum Schutz und der Verteidigung der Sowjetunion gegen die Intervention der internationalen Kapitalisten.

In allen Betrieben von West- und Ostoberschlesien wählt Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz.

Roter Arbeitersport

Schwarz-Weiß Gruppenbesten

Fanal-West I — Schwarz-Weiß I 0:4

Vor etwa 500 Zuschauern lieferten sich obige Mannschaften auf dem Minerva-Platz einen flotten Kampf, der nur durch die schlechten Platzverhältnisse einbüßte. Fanal-West kam an seine letztegeigte Form nicht heran und lag bereits zur Pause 3:0 im Nachteil. Bei den Schwarz-Weißen klappte es auch nach der Halbzeit weiter, und ein viertes Tor wurde nach dieser als letztes Tor erzielt. Diese hohe Niederlage von West ist in der Hauptsache auf den Sturm zurückzuführen, der die gegnerische Hintermannschaft nicht überwinden konnte.

Auch die zweiten Mannschaften beider Vereine lieferten sich einen spannenden Kampf, in welchem Schwarz-Weiß knapp 3:2 siegte.

Rot-Weiß I — Dynamo I 4:2

Auf der Brückenau ist Rot-Weiß leicht überlegen. Der Linksaußen sendet durch Flachschuß zum ersten Tor ein. Dynamo kommt bald darauf zum Ausgleich. Rot-Weiß geht bis zur Pause 3:1 in Führung. Nach dieser lassen die Mannschaften etwas nach. Dynamo verringert. Rot-Weiß stellt durch Elfmeter das alte Verhältnis her.

Die zweiten Mannschaften trennten sich 6:1 für Dynamo.

Schwarz-Gelb I — Grün-Weiß I 3:0

Die in bester Form erscheinenden Schwarz-Gelben gewannen sicher 3:0. Bei den zweiten Mannschaften errang Grün-Weiß ein 2:1.

Fortuna I — Süd I 3:0

Auf dem Rot-Weiß-Platz ist Fortuna leicht überlegen und sendet bereits in der 14. Minute ein. Trotz weiterer Führung kann der gute Süd-Tormann bis zur Halbzeit nicht mehr überwunden werden. Nach der Pause ist Fortuna weiter im Vorteil! Doch immer wieder ist es der Torwart, der die schwierigsten Sachen rettete. Bis Schluß gelingt es dann endlich Fortuna, noch zwei unhaltbare Tore zu erzielen.

Schlesien I — Rattowitz I 6:0

Schlesien weckte in Rattowitz und kam nach flotten überlegenem Spiel zu obigem 6:0-Sieg.

Fanal-Ost I — Bernstadt I 2:0

Bernstadt, die sich, wie ihre letzten Spielergebnisse beweisen, sehr verbessert haben, leistete auch im gestrigen Serienpiel gegen Fanal-Ost heftigen Widerstand, bevor sie sich zur Halbzeit 0:1 und am Ende 0:2 schlagen ließen. Der harte Boden machte den Spielern sehr zu schaffen.

Fanal-Ost Frauen — Fichte II Frauen 0:0

In dem torlosen Ausgang des Handballtreffens auf der Weißwitzer Wiese ist in erster Linie der gefrorene Boden schuld, der ein standfestes Schießen unmöglich machte.

Agitationsbezirk Breslau

Heute Sitzung bei Stiech, Wörther Straße.

Liegnitz

Die Sensation im **Inventur-Verkauf:**
 Unsere **Qualitäts-Waren**
Willi Braun
 Beginn: **Donnerstag**
 den 10. Januar, 8 Uhr
 Ein zuverlässiges Geschäft für gute Waren. Ring 9

700 Anträge von Arbeiterinnen durchgeführt

In einer Versammlung in Berlin-Neukölln wurde beschlossen, eine Delegation zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsbezug zu schicken. Damit hing es an. Zwei Tage später traten 30 Väter und Mütter mit ihren Kindern vor den Stadtrat und verlangten mit aller Energie die Erfüllung ihrer Forderungen für die Kinder. Nach acht Tagen waren die ersten Anträge bewilligt. Der Erfolg spornte gerade die Frauen an. Immer mehr Mütter beteiligten sich. Sie ließen sich nicht mehr einschüchtern. Es war ja nicht eine allein, sondern viele, von dem gleichen festen Willen befeuert, für die Kinder einzustehen. Nicht weniger als 700 Anträge wurden in Neukölln für die Kinder eingebracht, die durch diesen Kampf zum größten Teil bewilligt werden mußten.

außerdem arbeiten wir nur fünf Tage — also eine weitere Lohnkürzung — und da sind wir denn eben doch mal ins Gespräch gekommen.

Sie sah auch ein, daß sie mit ihren 19 Mark Wochenverdienst keine Ursache hat, sich zu den oberen Zehntausend zugehörig zu fühlen, sondern daß der bzw. diejenige, die sich solchen Illusionen hingibt, damit nur den Reichen und Satten hilft.

Seit diesem Tage haben wir immer zusammen diskutiert. Wir haben uns jeden Tag getroffen. Und da kann man vieles besprechen. Ich muß gestehen, daß meine Kollegin mich nun zwingt, unsere Zeitungen aufmerksamer zu lesen als bisher, denn sie wandte sich jetzt in allen Fragen mit großer Selbstverständlichkeit an mich — na, und ich wollte mir keine Blöße geben.

Zuerst habe ich mich immer davor zurückgehalten, eine politische Richtung zu nennen. Eines Tages gab ich ihr einen Ausschnitt aus der „Roten Fahne“, ohne zuerst den Namen der Zeitung

zu nennen. Nach einiger Zeit lasen wir dann gemeinschaftlich die „Rote Fahne“. Darüber hinaus bin ich noch nicht viel gekommen.

Das einzige, was ich jetzt erreicht habe, ist, daß die Kollegin sich bereit erklärt hat, als Gastdelegierte an einer Delegiertenkonferenz der wertaktiven Frauen im Januar teilzunehmen. Weiter hat sie mir erklärt, daß sie jetzt nicht übereilt handeln will: Sie will erst prüfen, ob wir wirklich recht haben (sie ist nämlich christlich beeinflusst) — wenn ja, dann könnten wir auf sie rechnen. Da sie stets sehr wenig veripricht, dieses aber stets prompt hält, glaube ich ihr auch hier.

Vielleicht hattet ihr meine Arbeit für sehr mühsam und unbedeutend. Aber dies ist das erste Mal, daß ich Gelegenheit hatte, eine Gegnerin von uns auf unleren revolutionären Weg zu bringen. Und, wenn mir dies völlig geglikt ist, werde ich mir größere Aufgaben stellen.



Titelblatt der „Rabotniza“, der russischen „Arbeiterin“, die jetzt ihr zehnjähriges Jubiläum begeht.

Im Kampf um die Mitstreiterin (Arbeiterinnenkorrespondenz)

Ich bin graphische Arbeiterin und arbeite seit einigen Jahren in der Reichsdruckerei. Unsere Familie zu Hause ist proletarisch, und ich selbst gehöre der RGD. an. Wir wohnen in diesem Hause schon so lange, wie ich denken kann.

Zwei Häuser weiter wohnt eine Kollegin, die ebenfalls in der Reichsdruckerei arbeitet. Sie gehört einer kleinen Beamtenfamilie an und wollte zuerst nichts davon wissen, daß wir beide Kolleginnen sind. So kam es denn oft vor, daß wir, die wir uns schon als Kinder ständig kannten, in derselben Bahn den Heimweg antreten, außer einem kurzen Gruß hinhin nebeneinander herliefen.

Nun wurde uns im letzten Jahr der Lohn arg beschritten,

Auch Frauen stehen Schlange in Moskau...

Von J. Mir (Moskau).

Um die Wahrheit zu sagen: man steht bei uns noch „Schlange“. Ja, noch mehr: ich möchte einiges über unsere „Schlangen“ erzählen. An meinem freien Tag, mußte ich fünfmal „Schlange“ stehen. Bei der dritten „Schlange“ ging mir die Geduld aus. Ich blieb in jeder nur ein paar Minuten und verzog mich, da ich die Hoffnung aufgeben mußte, jemals bis zum Verkäufer zu gelangen. Nur in zwei „Schlangen“ hatte meine Ansteherei einigen Erfolg.

Ich stand in der langen Reihe und schaute den Menschen in die Augen. Die Gier hatte einen fieberhaften Glanz in ihnen entzündet. Viele dieser Menschen waren noch jung und ich sah, wie bei diesen jungen, von Natur aus kräftigen Leuten, die Hände zitterten, sie fürchteten, daß die hinter ihnen Stehenden, von unüberwindlichem Hunger getrieben, ihnen die Beute entreißen werden. Ja, all das habe ich gesehen, erduldet. Und jetzt muß ich an die herzzerreißenden Ausstritte zurückdenken, deren Zeuge ich war.

Da steht neben mir ein junger Mann mit Pelzmütze. Er sieht gar nicht dreist aus, im Gegenteil, sein Gesicht ist die Bescheidenheit selbst. Bittend streckt er den Hals vor. Diese Bescheidenheit ist mir verdächtig. Und in der Tat: „Fünf Stück möchte ich“, bettelt er. „Ich brauche es für Genossen. Wir wohnen alle zusammen!“ — „Sollen die Genossen selber kommen und kaufen!“

Nun geht mein Nachbar zur Offensive über. Ich hätte es mir gar nicht vorstellen können, daß dieser bescheidene junge Mann so dreist werden kann. „Hören Sie“, versucht er den Verkäufer einzuschüchtern, „es ist der reinste Bürokratismus! Sie wollen wohl, daß meine Genossen ganze Stunden für dieses biöde Ansehen verwenden?“ — „Nein, das will ich gar nicht. Aber ich will auch nicht, daß die Leute, die hinter Ihnen stehen, mit leeren Händen nach Hause gehen. Ich will, daß auch Sie etwas bekommen!“

Mein Nachbar bittet nicht mehr. Er senkt schicksalsergeben sein Haupt.

Einige Sekunden später war ich Zeuge, wie der Verkäufer nachgab. Er wurde weich gestimmt, von einer hochgewachsenen, hageren Frau mit einem 5- bis 6-jährigen Kind an der Hand. „Mein Geld langt nicht. Legen Sie es, bitte, beiseite, ich werde später vorbeikommen.“ — „Nein, das geht nicht. Wir dürfen es nicht“, erwidert unerbittlich der Verkäufer. „Wieso geht es nicht? Wer Geld hat, bekommt, und ich soll nichts haben, weil mein Geld nicht langt? Nein, das ist nicht richtig. Bitte, ich will das Kind hier lassen und schnell das Geld holen.“ — Gut, ich werde es für Sie aufheben, willigte der Verkäufer ein, aber das Kind nehmen Sie ruhig mit. Sehen Sie denn nicht, wie sich hier die Leute drängeln? Was kauften denn diese Leute? Der junge

Mann in der Pelzmütze, der die Interessen seiner Freunde so leichtsinnig vergessen hatte, kaufte das neuerschienene Buch von Bystrjanski „Leninismus“. Die Frau mit dem Kind kaufte das Buch „Widerstand des Materials“ von Prof. Timoshenko.

Auf dem Valentisch sah ich ein neues Buch „Astronomischer Atlas“ von Gurewitsch, Preis 12 Rubel.

„Dieses Buch wird wohl lange auf Käufer warten“, dachte ich mir. „Die Moskauer Einwohner denken jetzt wenig an den Himmel, sie haben auf Erden zu viel zu tun.“ Ich behielt diese Vermutung nicht für mich, sondern äußerte sie ziemlich laut.

„Lebtes Exemplar“, erklärte lakonisch der Verkäufer. „Heute früh habe ich mit Mühe und Not 50 Exemplare für unser Geschäft erkämpft.“

Ich muß gestehen, daß ich selber in der Buchhandlung den Dummten gemacht habe. Ich mußte es auch schwer büßen. Auf dem Valentisch lag eine Reihe von Büchern, die mich lockten. So links von mir ein Stoh neuer Bücher „Stohbauten der USSR“. Ich konnte mit der Hand nicht hinlangen und nahm einzwelfen andere Bücher vor. Als ich mich nach wenigen Minuten wieder nach links wandte, war das erste schon verschwunden — ausverkauft!

Somit war ich in fünf Buchhandlungen, konnte aber nur in zweien etwas erstehen... Die Bücher langen nicht für die Nachfrage. Aber glaubt ihr, daß in der Sowjetunion etwa wenig Bücher produziert werden?

Im Jahre 1918 belief sich die Bücherproduktion auf 133 Millionen Exemplare, im Jahre 1931 aber auf 831 Millionen...

Von 506 Kindern besitzen bei uns:

- 270 keinen Wintermantel
- 245 keine warme Unterwäsche
- 275 keine ganzen Schuhe
- 56 keine Wäsche zum Wechseln
- 325 kein eigenes Bett
- 375 leben in ungesunden, feuchten, dunklen, mit Ungeziefer behafteten Wohnungen
- 56 erhalten kein erstes Frühstück
- 102 kein zweites Frühstück
- 245 kein warmes Mittagessen
- Ueber 200 Kinder leiden an den Folgeerscheinungen von Rachitis
- Von allen 506 vollkommen unterernährten Kindern erhalten nur 46 Schulspeisung

Das ist das grauenhafte Ergebnis einer ärztlichen Untersuchung, die die internationale Arbeiterhilfe in Neukölln an wahllos herausgegriffenen Kindern, die die Volksschule besuchen, vorgenommen hat.

ECKE für proletarische Kinder!

So war unser Weihnachten!

Ueber hundert Mädel und Jungen haben uns einen Brief geschrieben. Von überall her sind die Briefe gekommen: von Ostpreußen, Mecklenburg, Hamburg, Rheinlaad, ja sogar aus dem Saargebiet.

Doch überall ist nicht viel mit dem „Fest der Liebe“ losgewesen. Da war nichts von Gänsebraten, Kuchen, Geschenke zu lesen.

Hunger haben alle Kinder!
Frieren tun alle Kinder!

Und deshalb schreiben all die Kinder in den Briefen:
Kämpfen müssen wir, mit allen Arbeitern, gegen Hunger und Frost!

Wir müssen alle Jungpioniere werden!
Wir wollen ein freies, sozialistisches Deutschland, wo wir Feste, unsere Feste, in Freuden feiern können.

Die Arbeiter waren auf dem Posten!

„Ihr wollt wissen, wie ich Weihnachten verlebt habe. Am Tage vor „Heiligabend“ sollten wir exmilitiert werden. Aber weil die ganzen Erwerbslosen da waren, mußte der Gerichtsvollzieher mit seinen Leuten wieder abziehen. Am „Heiligabend“ sollten wir nun mit aller Gewalt auf die Straße fliegen. Der Gerichtsvollzieher kam mit zehn Schupos. Aber auch die Arbeitslosen kamen. Da war die Polizei machtlos. Man bekam uns nicht raus aus der Wohnung, weil die Arbeiter auf dem Posten waren...“

An Gänsebraten und Kuchen war gar nicht zu denken. Aber ich verzichte auf Weihnachten, weil es für uns kein Fest der Liebe gibt, was uns gerade dadurch richtig gezeigt wurde, weil man uns an diesem Fest der Liebe auf die Straße setzen sollte. Am 2. Weihnachtsfeiertag wurde ich noch auf meiner Stelle als Kindermädchen entlassen, die ich bei einem Nazi hatte. Weil

ich zu den Rot-Sport-Pionieren gehen wollte. Das war mein Weihnachten.

Elisabeth Md., Güstrow (Mark), 13 Jahre alt.

Da haben sie Angst gehabt

„Unser Lehrer hat uns in der Schule viel von Liebe und Frieden erzählt. Aber das ist nicht wahr.“

Wir haben hier bei uns eine Pionierabteilung gegründet und kämpfen jeden Tag um jedes außenstehende Kind. Wir haben jeden Sonntag Versammlung und lernen müssen wir viel, damit wir richtige Pioniere werden und das Ziel, das wir uns gestellt haben, auch wirklich erreichen.

Ich habe vom Wohlfahrtsamt ein Paar Stiefel bekommen. Aber nicht weil ich bedürftig war, sondern weil die Behörde Angst vor einem Schulstreik hatte. Mein Mantel ist alt und abgetragen und Gänsebraten haben wir nicht gehabt...“

Seid bereit!
Anni Ns., Harrislenfeld bei Flensburg, 11½ Jahre alt.

Ich besuchte unsere Gefangenen

... ich habe keinen Mantel, auch keine Geschenke bekommen. Gänsebraten gab's nicht. Bei uns langte es diesmal noch zu einer warmen Stube, doch aber Tausende müssen tagtäglich frieren.

Ich besuchte am 1. Feiertag mit meiner Mutter die politischen Gefangenen. Für meine gesparten Groschen kaufte ich Tabak und Zigaretten. Um 10 Uhr wurden alle Besucher in einen großen Saal gelassen. Da kamen 20 Gefangene zu uns und empfingen uns mit Rot Front und dem Lied von der Roten Armee. Von der Ansprache des einen Gefangenen habe ich viel behalten. Wir müssen alle kämpfen, ob groß oder klein, für die Befreiung der Menschheit!

Seid bereit!
Marta Fsch., Wesermünde-Lehe, 10 Jahre alt.

Gück schnell nach, ob du einen Preis gewonnen hast:



„Die Rache des Kabanaurl“ haben gewonnen:
Lotte Kdl., Kirih-Tesar (Mecklenburg).
Johanna Bm., Oppau, (Rheinpfalz).
Erich O. und Wilhelm S., Neukaliß.

„Ede und Unku“ Kurt Sdl., Kircheng (Sachsen).
„Die Uhr“ Anni Ad., Dittmansdorf (Sachsen).
Elisabet Md., Güstrow (Mecklenburg).
Irmgard Gth., Teuditz (Merseburg).
„Pioniere“ Marta Fsch., Wesermünde. Annemarie Eh., Trebsen (Mulde).
Anni Ns., Harrislenfeld (Flensburg).

All die anderen, die diesmal nichts bekommen, müssen sich bis zur nächsten Preisfrage gedulden. Alle Briefe sind nämlich gut, alle hätten sie ein Buch verdient. Aber leider haben wir nur zehn Bücher zum Verteilen.

Wir schreiben euch das letztmal, daß eine ganze Seite für uns abgedruckt werden soll. Diese Seite ist erst diese Woche in der Zeitung. Also paßt alle auf!

Wachsende Kriegsgefahr zwischen Jugoslawien und Italien

Belgrad, 7. Januar. Die Zuspitzung der Beziehungen zwischen dem italienischen und jugoslawischen Imperialismus nimmt immer gefährlichere Formen an. Nach den Konflikten der beiden Mächte um Dalmatien führt die Bourgeoisie auf beiden Seiten fort, alle Kriegsvorbereitungen um die Beherrschung der Küsten des Adriatischen Meeres zu treffen. Ein entscheidendes Glied in dieser Kette der Kriegsvorbereitungen stellt der Vorstoß des italienischen Imperialismus zur endgültigen Festigung seiner Vorherrschaft in Albanien dar. Obwohl von der italienischen Regierung geleugnet, verdichten sich immer mehr die Gerüchte, daß Italien eine Zollunion mit Albanien plant, die durch eine Anleihe von 8 Millionen Mark unterbaut werden soll. Die Ausführung dieses Planes würde eine völlige Unterwerfung Albaniens unter den italienischen Imperialismus und eine gewaltige Schwächung der Positionen Jugoslawiens bedeuten.

Angeichts dieser Pläne wird die Sprache der jugoslawischen Regierung immer drohender. Die Belgrader „Pravda“ erklärt, daß die imperialistischen Bestrebungen Roms fürchtbare unvorhergesehene Entwicklungen heraufbeschwören müßten. Aus London komme zwar die Meldung, daß Albanien bereits zögere, allein in Belgrad wisse man aus guter Quelle, daß die Verhandlungen sich für Italien günstig gestalten und der römische Plan vor der Verwirklichung stehe. Bezeichnend für die Kriegspolizei, die bewußt von der jugoslawischen Bourgeoisie verbreitet ist, ist die Tatsache, daß man in Belgrad ziemlich offen davon spricht, daß es bereits im Frühjahr zum Kriege kommen könne. Der Ausbruch des offenen Konflikts an diesem Knotenpunkt imperialistischer Gegensätze würde natürlich nicht lokalisiert bleiben, sondern zur Explosion des gesamten Bündnisses führen, der in der imperialistischen Welt aufgelagert ist.

Neue Provokation Japans gegen USSR.

Wie aus Peking gemeldet wird, haben die in Schanghai einmarschierenden japanischen Truppen nach einer kurzen Ruhepause ihren blutigen Raubzug westlich der Stadt fortgesetzt. Die Eisenbahnstrecke Peking-Schanghai wurde durch japanische Flieger mit Bomben belegt und teilweise zerstört. Mehrere Bomben trafen einen chinesischen Transportzug, wodurch zahlreiche Soldaten getötet und verwundet wurden.

Von alarmierender Bedeutung ist die Befehls des unmittelbaren an der Sowjetgrenze gelegenen östlichen Endpunktes der chinesischen Ostbahn Progranischajna, die jetzt amtlich bestätigt wird. Wie verlautet, ergab sich die gesamte Besatzung in Stärke von 3000 Mann. Obwohl der japanische Botschafter in Moskau angereuert wurde, der Sowjetregierung zu versichern, daß diese Befehlsung nicht als gegen die Interessen der Sowjetunion anzusehen, sondern lediglich aus militärischen und strategischen Gesichtspunkten erfolgt sei, ist damit die unmittelbare Bedrohung der russischen Ostgrenze durch den imperialistischen Raubzug Japans verstärkt.

Die chinesische Regierung hat an die japanische Regierung einen „Protest“ gegen die Befehlsung Schanghai gerichtet. Sie „verlangt“ Zurückführung der Truppen, Wiedergutmachung des angerichteten Schadens und Bestrafung der schuldigen Offiziere. Sie will den Beweis erbringen, daß die Japaner ihr Hauptquartier selbst in Brand gesteckt haben, um damit den äußeren Vorwand für ihren blutigen Überfall auf Schanghai zu schaffen.

Sofia, 7. Januar. Das Morden der mazedonischen Faschisten geht weiter. In der Nacht zum Mittwoch wurde der Mörder des faschistischen Redakteurs Estimo, der gegenwärtig im Sofioter Kranenhaus liegt, von der Pflegerin Konstantinowa, die der Michailow-Gruppe der faschistischen ZMRD. (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation) angehört, erschossen. Im polizeilichen Verhör gab sie an, daß sie von der ZMRD. den Auftrag habe, den Mörder Estimos zu erschlagen.

Zwischen Tanks und Stacheldecht

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

„Los! Einsteigen! Es ist der letzte Korb!“ ruft der Schachtanschläger den Jungen zu, die in einer Ecke auf zwei nebeneinander stehenden Kohlenwagen sitzen. Die Jungen hören den warnenden Ruf nicht. Alles um sich vergessend, lauschen sie auf die Rufe, die ihnen Rudi Schweiffelt, der Schlepper von Rutsche 410, über seinen Steiger erzählt. Er sitzt erhöht auf dem Dach einer elektrischen Grubenlokomotive. Wenn er lacht, leuchten seine Zähne aus dem über und über mit Kohlenstaub beschmutzten Gesicht.

„Ja wollt ihr denn über'n Sonntag hier im Loch bleiben?“ schimpft der Schachtanschläger jetzt laut und rappelt an dem eisernen Schuttkittel. Das läßt die Jungen erschrecken! Sie flattern auseinander und laufen über die eisernen Platten auf den wartenden Förderkorb zu. Einer von ihnen läuft auf halbem Wege wieder zurück. Er hatte seine Lampe an dem Wagen hängen gelassen. Endlich hat auch der sich in die enge Etage des Förderkorbs gezwängt, und nun kann der Anschläger das Signal nach oben klopfen: „Langsam auf! Menschenförderung!“ Er steht, als er das Signal gibt, nur mit einem Bein auf dem Förderkorb. Beim letzten Schlag zieht er das Bein schnell nach, schiebt mit einer kräftigen Armbewegung das Schuttkittel zu. Eine Sekunde später ruckt der Korb an und läuft nach oben.

„Gott sei großer Dank! Da haben wir mal wider Sonntag!“ lacht er die Jungen an und knüpft sich den Gummiiüberzug auf.

„Dein Pastor freut sich auch über den Sonntag, wenn du alter Sack ihn bejauchst!“ spottet einer von den Jungen.

Der Alte hört der Spott nicht. Sagt nur: „Auf jeden Fall gehört's orgen uns die Zeit. Wer wat versteht ihr davon?“

„Meinst, wir wären nicht malatt von der Maloch?“ fragt einer neben ihm.

Hungerdemonstration in Newport

Die Arbeitslosen erinnern Roosevelt unfsankt an seine Versprechungen

Newport, 7. Januar. Heute fand hier eine Konferenz des neugewählten amerikanischen Staatspräsidenten Roosevelt mit dem gegenwärtigen Staatssekretär Stimson und dem bisherigen Vertreter der Vereinigten Staaten in Genf, Norman Davis, statt. Die Beratungen galten insbesondere der Frage der Kriegsschulden sowie der Haltung der Vereinigten Staaten auf der demnächst zusammentretenden Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz. Außerdem soll auch die Lage behandelt werden, die durch die neue japanische Offensive in China entstanden ist.

Während der Verhandlungen marschierten vor dem Gebäude Tausende von Arbeitslosen auf und veranstalteten eine große Kundgebung für ihre Forderungen auf Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenunterstützung.

Wie stark die Empörung unter der gesamten Arbeiterschaft über die Hungerpolitik der Regierung ist — man zählt bereits annähernd 16 Millionen Arbeitslose, die völlig ohne Unterstützung sind —, geht daraus hervor, daß selbst einer der reaktionären Gewerkschaftsführer, Green, die Erklärung abgab, die Arbeiterschaft sei bereit, einen Generalstreik zur Einführung der 30-Stunden-Woche zu führen. Mit solchen radikalen Phrasen versucht die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie, den wachsenden

Kampfwillen der Arbeiterschaft abzutreten und sie an der Organisation ihrer Kämpfe in den Betrieben und auf den Straßen zu hindern.

Textilarbeiterstreik in Frankreich

Paris, 7. Januar. In den Webereien von Armentières bei Lille sind am Mittwoch die Weber in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Nationalisierungsmassnahmen der Unternehmer. Bisher streiken etwa 4000 Arbeiter, jedoch wird schließlich die weitere Ausdehnung des Streiks erwartet. Die Webereien von Houplin sind bereits in den Solidaritätsstreik getreten.

Wie unser Bruderorgan, die Pariser „Humanité“ mitteilt, haben die Arbeiter in Armentières beschlossen, ab Freitag den Generalstreik in der gesamten Textilindustrie des Landes zu erklären. Gestern abend fand eine große gemeinsame Versammlung statt, auf der der endgültige Beschluß gefaßt wurde.

Einbau der Gewerkschaften in den faschistischen Staatsapparat

Die polnischen Leiparts im Bunde mit Pilsudski

Warschau, 7. Januar. Vor einigen Tagen ist eine Verordnung der polnischen faschistischen Regierung in Kraft getreten, die einen völligen Einbau der reformistischen und christlich-nationalen Gewerkschaften in den faschistischen Staatsapparat vorsieht. Unter Zustimmung der polnischen Gewerkschaftsbürokratie wird durch die neue Verordnung folgendes bestimmt:

Die Regierung und alle staatlichen Behörden haben das Recht, von den Gewerkschaften jederzeit Rechenschaft über ihre Mitgliederbewegung zu fordern. Die Gewerkschaften müssen den Behörden ihre Sitzungsprotokolle zur Einsichtnahme übergeben. Die Behörden haben das Recht, alle Beschlüsse der Gewerkschaften und ihrer Mitgliedschaft für ungültig zu erklären. Für diese Unterwerfung der Gewerkschaften unter den faschistischen Staatsapparat erhalten die polnischen Leiparts die Belohnung, daß ihnen das Monopolrecht

für die Gewerkschaften zuerkannt wird. Alle anderen Verbände werden der Auflösung.

Dieses faschistische Gesetz, das mit Hilfe der polnischen Gewerkschaftsbürokratie zustande kam, bezweckt, die Arbeiterschaft völlig wehrlos der Hungeroffensive der Kapitalisten und ihrer faschistischen Regierung auszuliefern. Insbesondere richtet sich dieses Gesetz auch gegen den immer stärker werdenden Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den reformistischen Verbänden. Das Gesetz soll der Gewerkschaftsbürokratie die Möglichkeit geben, sich von dieser Opposition mit Hilfe des faschistischen Staatsterrors zu entledigen. Wir sehen hier die Verwirklichung dessen, was auch in Deutschland durch Schleicher geplant wird, wobei die letzten Äußerungen Leiparts keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland ebenso wie in Polen diesen Plänen alle Unterstützung gibt.

Kriegsschrecken in Südamerika

London, 7. Januar. Einer Meldung des „Daily Herald“ zufolge hat die brasilianische Regierung beschlossen, sich in den Konflikt zwischen Peru und Kolumbien einzumischen und den Vertrag von 1851 über die freie Schifffahrt auf dem Amazonas zu kündigen. Da Brasilien ebenso wie Peru zu dem Interessengebiet des englischen Imperialismus gehört, während Kolumbien im Auftrag des amerikanischen Imperialismus handelt, so bedeutet dieses Eingreifen Brasiliens nicht etwa eine „Schlichtende“ Maßnahme, sondern im Gegenteil eine Ausdehnung der Feindseligkeiten.

Unter den kolumbianischen Soldaten, die zur höheren Ehre der amerikanischen Delprofite auf die Schlachtfelder von Veticades

gejagt werden sowie auch unter den brasilianischen Streitkräften in der Nähe des Amazonas ist eine furchtbare Seuche ausgebrochen, die schon zahlreiche Soldaten dahingerafft hat.

Hafenarbeiterstreik in Holland

Amsterdam, 7. Januar. Im Fischereihafen Zjuiden ist im Zusammenhang mit den Lohnraubvorfällen der Unternehmer ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen. Am Mittwoch weigerten sich die Hafenarbeiter, die Löschung der augenblicklich noch auf See befindlichen Fischdampfer vorzunehmen. Es beendeten sich noch 72 Fischdampfer auf See, deren Entladung infolge des Streiks unmöglich ist.

Laut gähmend sagt einer undeutlich: „Morgen schlaf ich bis in die Puppen!“

„Ich mach's immer so“, hört man Rudi Schweiffelts Stimme, „ich stell den Wecker Sonntags auf fünf, laß ihn schön langsam austrappeln und leg mich auf die andere Seite. Mensch, ist das 'ne Wohlthat!“

Oben auf der Brücke ist es ruhig. Die Kohlentippe und die Leuchtbänke stehen still. Rudi Schweiffelt bleibt einen kurzen Augenblick auf der Brücke stehen, sieht nach der Kohlentippe hin. Erinnert sich der ersten Schicht, wo ihm tohübel wurde vom vielen Staub, der jedesmal, wenn ein Kohlenwagen gekippt wurde, ihn einhüllte. Fünfhundert Wagen kippte er in einer Schicht. Wah, denkt er, jetzt macht es mit nichts mehr aus. An der Rutsche freß ich Staub.

Mit großem Krach gehen die Jungen die Eigentreppe hinunter. Sie schlagen ihre schweren Grubenlampen gegen das Eisengeländer und treten mit ihren Schuhen fest auf die Stufen auf.

Auf dem Zeichenplatz stehen große Pflühen. Es mußte also den ganzen Tag geregnet haben, als sie unter Tage arbeiteten. Mit großen Sprüngen laufen die Jungen über den Zeichenplatz in die überheizte Waschkabine hinein. Ketten rasselnd, ein summesendes Stimmengewirr läßt keine einzelne Stimme erkennen. Wiederholtes Rufen: „Budeeln!“ Schnell haben die Jungen ihre zer-rissenen, von schmutzigem Schweiß gestärkten Grubenkleider abgeworfen. Sie stellen sich nicht unter die Brausen. Sie setzen sich zusammen auf die Seifenbank und lassen Rudi Schweiffelt weiter erzählen. Heimlich rauchen sie eine Zigarette dazu. Als eine Anzahl Brausen abgedreht werden, weil niemand mehr unter ihnen steht, da sitzen die Jungen immer noch ungewaschen auf der Seifenbank. Sie haben doch soviel Zeit! Der Waschkauenwärter aber hat es eilig. Einmal an einem Samstag hatte er ihnen alle Heißwasserbrausen abgedreht und die Jungen mußten sich unter einer Kaltwasserbrause waschen. Das hatten sie noch in Erinnerung. Darum springen sie jetzt, als sie das quietschende Zudrehen des Ventils hören, schnell unter die Brausen. Mit geübten Händen reiben sie sich mit Seife ein. Oft unterbrechen sie ihr sonntägliches Reinemachen mit Balgereien. Krebsstot sind ihre Körper, als sie an ihren Kleiderhaken stehen. Gemächlich trocknen sie sich ab und ziehen sich an.

Einen kurzen Weg gehen die Jungen gemeinsam nach Hause.

An jeder Querstraße biegen einige ab. Rudi Schweiffelt hat den weitesten Weg. Seine Wohnung liegt im letzten Haus der Kolonie. Das Ende des Weges geht er allein. Eine Straßenlaterne leuchtet ihr weißes Gesicht in sein Gesicht. Jetzt sind seine Lippen aufeinander gepreßt. Seine Augen zeigen einen schmerzlichen Ausdruck. Ohne es selbst zu wissen, verlangsamte er den Schritt, je näher er der Wohnung kommt. Dunkel stehen die Häuser der Kolonie in der nächtlichen Stille. Nur einige Fenster sind erleuchtet. Rudi Schweiffelt bleibt stehen und blickt lange hinauf zu einem beleuchteten Fenster. Hinter den Häusern gellt ein langer Pfiff. Er horcht, krummt den kleinen Finger, preßt ihn zwischen die Lippen und pfeift Antwort. Schnell laufen seine Füße jetzt die hundert Meter bis zur Haustür. Er geht in die Küche und gibt einer verummten Gestalt die Hand. — „n Abend, Franz! Wat is los? Hast du auf mich gewartet?“

„Eine ganze Stunde warte ich schon! Dacht, du wärst schon lange da!“

„Hab mir Zeit gelassen, heute ist doch Samstag!“

„Ich komm wegen morgen. Deswegen komm ich. Du fährst mit. Aber kann ich mitkommen nach oben? Können da besser drüber sprechen.“

Rudi Schweiffelt sagt nicht sofort ja. Er blickt nach oben, nach den dunklen Dachziegeln. Schweigt einen langen Augenblick, wobei er den Kopf zur Seite neigt und starr gerabeaus schaut. „Na — ist egal — komm mit!“ Schreift sagt er es.

Oben in der Wohnküche verbrennt Rudi Schweiffelt viele Streichhölzer. Er sucht zwischen aufgehäuften, schmutzigem Geschirr im Schrank die Petroleumlampe. Laut flucht er beim Suchen und poltert mit allen Sachen, die seine Hände anfassen. Er brennt die Lampe an und schüttelt sie. „Sind nur 'n paar Tropfen drin. Und paß auf, kein Petroleum ist da!“ Wieder sucht er zwischen dem Geschirr. Vorsichtig facht er die Petroleumlampe am Henkel, hebt sie hoch und macht plötzlich eine Bewegung, als wollte er die Kerze gegen die Zimmertür werfen. „Das Luber war mal wieder beoffen wie 'n Schwein!“ Jörnig ruft er es laut.

Franz Hallig steht mit dem Rücken gegen die Türflur gelehnt und sagt nichts. Seine Augen verfolgen jede Bewegung, die Rudi Schweiffelt ausführt. Der nasse Mantel hängt ihm schwer auf der Schulter. Auf jedem Stuhl in der Küche liegen Kleider. Rudi Schweiffelt wirft von zwei Stühlen alles herunter und rückt sie an den Tisch. „Da, setz dich!“

(Fortsetzung folgt)

Unsere Taktik im Betriebsrätewahlkampf

Warum „Einheitslisten“ / Von F. Schulte

Der Betriebsrätewahlkampf, der in den kommenden Wochen in ganz Deutschland mit voller Wucht entbrennen wird, muß von den Anhängern der KPD ganz im Zeichen der kämpfenden Einheitsfront gegen Unternehmerrösch und Faschismus, gegen den Scheitertums der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie und für die aufgestellten betrieblichen Kampforganisationen organisiert und durchgeführt werden.

In den Richtlinien des Reichskomitees der KPD zur Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen ist bezüglich der anzuwendenden Taktik festgelegt, daß die Kandidatenlisten in der Regel als „Einheitslisten“ bezeichnet werden sollen. „Rote Einheitslisten“ sollen in jenen Betrieben aufgestellt werden, wo die Bezeichnung „Rote Einheitsliste“ aus der Vergangenheit heraus bei den Belegschaften bereits populär ist und in allen Betrieben, in denen der christliche bzw. nationalsozialistische Einfluß äußerst gering ist.

In allen Betrieben mit hartem gewerkschaftlichen Organisationsverhältnis, kämpft die KPD um die offiziellen Gewerkschaftslisten, um diese als „Oppositionelle Gewerkschaftslisten“ einzureichen. Reicht in solchen Betrieben unser Einfluß noch nicht aus, um die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für unsere Vorschläge zu gewinnen, so stellen wir neben den offiziellen Gewerkschaftslisten selbstverständlich eigene Listen auf, die wir dann ebenfalls als „Oppositionelle Gewerkschaftslisten“ oder „Einheitslisten“ bezeichnen.

In jedem Falle stehen die Anhänger der KPD vor der gewaltigen Aufgabe, tausende der aktivsten und besten Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder sowohl für die oppositionellen Gewerkschaftslisten, als auch für die Einheitslisten und roten Einheitslisten als Kandidaten zu gewinnen.

Bedeutet diese Richtlinien nun etwa eine Abänderung unserer Taktik oder gar unserer bisherigen Linie? Nein, das ist

keineswegs der Fall. Der Grundlag, in allen Betrieben eigene Kandidatenlisten aufzustellen, alle Arbeiter des Betriebes, ganz gleich, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung, für diese Listen zu gewinnen, bleibt unverrückbar bestehen. Durch die „neuen“ Richtlinien wird auch unsere Taktik nicht geändert. Die Taktik bei den Betriebsrätewahlen ist die praktische Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, der Kühne und zielbewußte Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Belegschaften in tausenden und aber tausenden Betrieben, ihre Mobilisierung zum Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse, für die eigenen betrieblichen Kampfforderungen.

Die Richtlinien bedeuten auch gegenüber unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen im Jahre 1930/31 keineswegs etwas Neues. Schon bei den damaligen Wahlen haben wir bei der Listenbezeichnung Rücksicht genommen auf die schwierige Lage in den Angestelltenbetrieben, auf die Betriebe mit christlicher Belegschaft usw. Allerdings muß dabei betont werden, daß in sehr vielen Fällen die Einheitsfronttaktik von uns zu stark angewandt wurde und daß in hunderten Betrieben die Aufstellung selbständiger Listen an dieser „linken“ Starrheit scheiterte.

Die Richtlinien verfolgen deshalb den Zweck, bei den kommenden Betriebsrätewahlen

die Einheitsfronttaktik Kühner, zielbewußter und offener anzuwenden, eine größere Beweglichkeit und Manövrierfähigkeit bei der Gewinnung der Arbeitermassen, insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder, für unsere Kandidatenlisten an den Tag zu legen.

Ist eine solche größere Manövrierfähigkeit und Beweglichkeit erforderlich? Ja, sie ist dringend erforderlich in Anbetracht der Situation und der gewaltigen Aufgaben, die vor der KPD und der gesamten Arbeiterklasse stehen.

Nach erfolgreichen Streiks...

In etwa 1000 Streikämpfen hat sich die deutsche Arbeiterklasse unter Beeinflussung und Führung der KPD in den letzten Monaten gegen den Lohnraub, der durch die Wapen-Notverordnung diktiert wurde, vielfach erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die Streikwelle fand ihren Höhepunkt im Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Das politische Resultat dieser Streikwelle war der Sturz der Wapen-Regierung. Die Schleicher-Regierung, die sich im wesentlichen das Programm der Wapen-Regierung zu eigen machte, versucht die Unternehmerrösch mit neuen und raffinierteren Methoden, verdrängt mit sozialen Phrasen und mit offener Unterstützung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie durchzuführen.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich gerade in den letzten Wochen gewaltig. Das Heer der Erwerbslosen ist im November um rund 290 000 gestiegen. Im Dezember werden es sicherlich noch mehr sein. Das Defizit in den Budgets des Reiches, der Länder und Gemeinden erreicht bereits die phantastische Summe von rund 4 Milliarden Mark. Alles Gerede vom „sozialen“ Kurs der Schleicher-Regierung, von der Verminderung der Arbeitslosenziffern durch kapitalistische Arbeitsbeschaffung kann an dieser ehernen Tatsache nichts ändern. Um den offenen Zusammenbruch des bankrotten kapitalistischen Systems zu verhindern, um dem Kapitalismus erneut eine Atempause zu gewähren, bleibt dem Unternehmertum keine andere Möglichkeit, als erneut den Versuch zu unternehmen, durch Lohnabbau und Unterdrückungsraub, durch neue Wucherzölle und Massensteuern die Krisenlasten den werktätigen Massen aufzubürden. Diesen Weg muß und wird die Schleicher-Regierung gehen.

Schon diese wenigen Tatsachen zeigen die ungeheure Bedeutung der Betriebsrätewahlen. Es ist doch sicherlich für den Ausgang der bevorstehenden gewaltigen Streikämpfe besonders in den Großbetrieben von nicht untergeordneter Bedeutung, ob es in 2500 oder in 5000 bis 6000 entscheidenden Betrieben in Deutschland rote Betriebsräte gibt, auf die sich die KPD bei der Vorbereitung und Durchführung der Streikämpfe, bei der Mobilisierung der Belegschaften gegen den Lohnraub stützen kann.

Wie ist es um den Einfluß der KPD in den Betrieben in Deutschland bestellt? Wir wollen nicht untersuchen, in wieviel Betrieben es Betriebsgruppen der KPD gibt und wie diese in der Vergangenheit ihre revolutionäre Aufgabe erfüllt haben, sondern wir wollen uns an Hand einiger Ergebnisse der Betriebsrätewahlen aus dem Jahre 1931 unseren Einfluß unter den Betriebsräten vor Augen führen.

Nach unserer eigenen Statistik wurden bei den Betriebsrätewahlen 1931 in rund 2400 Betrieben selbständige Listen mit 18 000 Kandidaten aufgestellt.

Nach einer Statistik des DWA in der Betriebsrätezeitschrift aus dem Jahre 1931 war die Verteilung der Betriebsräte (Arbeitervertreter) auf die einzelnen Listen in der Metallindustrie folgende:

	1931		1930	
	absolut	in Proz.	absolut	in Proz.
Freie Gewerksch.	20 025	82,36	44 471	84,9
Christen	1 781	7,32	2 070	7,2
KPD	1 235	5,08	753	2,6
Nazis	141	0,58	—	—
Uebrig	1 135	4,66	1 551	5,3
	24 317	100,00	48 845	100,0

Diese DWA-Statistik spiegelt nicht den wirklichen Einfluß der KPD in den Metallbetrieben wieder. Die Statistik umfaßt 10 190 Betriebe mit 1 057 621 Wahlberechtigten. Ein Wahlkampf fand jedoch nur in 6670 Betrieben statt, weil in den übrigen Betrieben keine Gegenlisten aufgestellt wurden. Aber selbst wenn diese Korrektur bei der Statistik herüberdacht wird, müssen wir doch sehen, welche gewaltige Arbeit von der KPD, besonders noch auf innergewerkschaftlichem Gebiet geleistet werden muß.

...siegreiche Betriebsrätewahlen

Nehmen wir eine andere Tatsache. Nach vorläufiger Schätzung gibt es zur Zeit in Deutschland noch ungefähr 75 000 Betriebe (außer den landwirtschaftlichen Betrieben), die unter das Betriebsrätegesetz fallen. Es fehlt an statistischen Unterlagen, aus denen ersichtlich ist, in wieviel Betrieben überhaupt im Jahre 1931 Betriebsrätewahlen stattfanden. Es kann jedoch kaum ein Zweifel bestehen, daß es zur Zeit noch zehntausende Betriebe ohne Betriebsräte gibt, abgesehen von den zehntausenden Betrieben mit nur reformistischen und christlichen Betriebsräten und Betriebsräten anderer Organisationen. Es gibt in Deutschland ferner zehntausende Betriebe ohne kommunistische Betriebszellen, ohne Betriebsgruppen der KPD, also ohne unmittelbare revolutionäre Beeinflussung dieser vielen Millionen Arbeiter.

Millionen Arbeiter stehen heute noch im christlichen Lager oder werden durch bürgerliche Organisationen beeinflusst, stehen mithin noch ideologisch im Lager des Gegners, sind bisher noch nicht für den Klassenkampf gewonnen. Sollen wir auf diese vielen Millionen, die bei den kommenden gewaltigen Kämpfen eine große Rolle spielen werden, freiwillig verzichten? Nein, wir können

und dürfen nicht auf sie verzichten! Deshalb der Kampf um die Aufstellung von Einheitslisten in Tausenden und aber Tausenden dieser Betriebe, deswegen der „Verzicht“ auf die Bezeichnung „Rote Einheitslisten“.

Was verunsichert für uns das Wort „rote“? Es ist das Symbol für das Klassenbewußtsein, für das Bekenntnis zum Klassenkampf, zum Marxismus-Sozialismus. Sollen wir dieses Bekenntnis bei den christlichen Arbeitern, bei den irreführten Nazi-Proleten, bei dem Heer der Angestellten und unteren Beamten und bei den rückständigen Schichten der Arbeiterklasse bereits voraussetzen? Nein, das ist nicht entscheidend!

Entscheidend ist vielmehr, daß wir auch diese Arbeiter-schichten an den Klassenkampf heranzuführen, daß wir sie mobilisieren für ihre betrieblichen Kampfforderungen, daß wir ihnen behilflich sind bei der Herbeiführung der betrieblichen Kampffront, daß wir ihnen die reichhaltigen Lehren und Erfahrungen der vergangenen Streikwelle über-

mitteln, daß wir ihnen also Lehrer, Helfer und Erzieher sind.

Millionen Werktätige, die heute noch nicht bereit sind, sich offen zum Klassenkampf zu bekennen, für den Sozialismus zu streiten, werden unter selbstgewählter Leitung bereit sein, gegen den Klassenfeind, für ihre eigenen Forderungen zu kämpfen, wenn wir ihnen den richtigen Weg weisen. Deshalb in allen diesen Betrieben Einheitslisten, deshalb der Kühne und mutige Versuch, die Zahl der eigenen Listen zu verdoppeln, ja, wenn es geht, zu verdreifachen und zu vervierfachen. Das ist der Sinn der „neuen“ Richtlinien des Reichskomitees der KPD.

Kampf dem rechten Opportunismus

Werden sich nun hinter diesen Richtlinien nicht in zahlreichen Fällen unsere Funktionäre verbergen, um ihre rechtsopportunistische Einstellung zu rechtfertigen? Natürlich wird das manchmal der Fall sein. Wir hören sie im Geiste schon reden: „Endlich wird das Reichskomitee vernünftig, diese Taktik hätten wir schon vor Jahren anwenden sollen“... „Endlich wird den Schwierigkeiten im Betrieb Rechnung getragen“... usw. Aber sollen wir aus diesem Grunde auf die richtige Taktik, auf eine größere Manövrierfähigkeit verzichten? Nein! Revolutionär kann das ernsthaft vorschlagen. Die Funktionäre, die hinter diesen Richtlinien Zuflucht suchen, verbergen dahinter nur ihren Opportunismus in der gesamten praktischen Arbeit, sowohl im Betrieb als auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Worin zeigt sich heute in erster Linie der rechte Opportunismus? Er zeigt sich in der ungenügenden Einschätzung der Kampfkraft der Arbeiter, in dem Zurückweichen vor den Unternehmerröschangriffen, in der Zustimmung zum Lohnabbau und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, in der Kapitulation vor den reformistischen Betrugsmanövern und deren Streikbruchpolitik, in der Angst vor dem Ausschluß aus den Gewerkschaften, im Partieren mit den Gewerkschaftsführern usw. Haben wir nicht heute schon solche Tatsachen, daß Funktionäre erklären: man kann mit Rücksicht auf unsere innergewerkschaftliche Arbeit die wenigen Gewerkschaftsfunktionäre nicht opfern? Man muß auf die eigenen Kandidatenlisten verzichten, damit diese Funktionäre nicht von der Bürokratie ausgeschlossen werden. Entweder innergewerkschaftliche Arbeit und Verzicht auf eigene Listen, oder eigene Listen und Verzicht auf Gewerkschaftsarbeit. Haben wir nicht solche Tatsachen, daß viele roten Betriebsräte und Funktionäre die Frage der Verteidigung der roten Betriebsratskandidaten gegen Maßregelung durch die Belegschaft zu umgehen versuchen, indem sie die Listen unter Verzicht auf die Mobilisierung der Belegschaft „fünf Minuten“ vor Ablauf des Termins einreichen wollen?

Diesem Opportunismus in der Praxis müssen wir praktisch zu Leibe rücken, indem wir selbstkritisch vor den Belegschaften in den Betriebszeitungen, in der Tagespresse, in unseren eigenen Reihen usw., zu all diesen Fehlern und Mängeln kameralistisch Stellung nehmen, um so erzieherisch auf unsere Funktionäre und die gesamten Belegschaften zu wirken.

Front gegen das linke Sektierertum

Aber die „Hüter“ der Generallinie, sie werden sich auch in diesen Tagen melden. Sie konstatieren, „daß diese neue Taktik eine Abkehr von der Generallinie sei“, „daß durch diese Taktik dem Opportunismus Vorschub geleistet würde“, daß diese Linie unbedingt im opportunistischen Sumpf erden müsse“. Als ob das Wort „rote“ Einheitsliste die patentamtliche Schutzmarke gegen den rechten Opportunismus sei. Wenn dem so wäre, dürfte es in allen Betrieben mit roten Einheitslisten keinen Rechtsopportunisten geben. Die Praxis zeigt uns jedoch, daß das nicht der Fall ist.

Aber hinter den Redensarten dieser „linken“ Funktionäre verbirgt sich nur ihre sektiererische Einstellung, ihre Ablehnung oder Regierung der Einheitsfronttaktik, ihr Verzicht auf die innergewerkschaftliche Arbeit, auf die Gewinnung der vielen Millionen Gewerkschaftsmitglieder, der christlichen Arbeiter, der irreführten Nazi-Proleten, des großen Heeres der unteren Angestellten und der rückständigen Arbeiterschichten überhaupt.

Sie sind mit einem Lippenbekenntnis für die Einheitsfronttaktik, für die innergewerkschaftliche Arbeit, während sie in der Praxis auf die Durchführung der gefassten Beschlüsse verzichten

Im härtesten Kampf gegen den Rechtsopportunisten und das linke Sektierertum muß die gesamte KPD, an die Organisation und Durchführung des Betriebsrätewahlkampfes herangehen und diese Kampagne aufs innigste verknüpfen mit der Mobilisierung der Belegschaften gegen die bevorstehenden Unternehmerröschangriffe, für die aufgestellten betrieblichen Kampfforderungen, mit der Steigerung und Verbesserung unserer innergewerkschaftlichen Arbeit, des energischen Kampfes um die Gewinnung der wählbaren Funktionen bei den Disziplinar-, und sonstigen Gewerkschaftswahlen und der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften. Unser Ziel bei den Betriebsrätewahlen ist: Herstellung der breitesten kämpfenden Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Klassenfeind und seine Helfer im Lager der Arbeiterklasse, die Eroberung von tausenden neuen Betriebsratsfunktionen in den entscheidenden Betrieben.